

Bestandsgarantie für alle Steinkohlezechen im Revier verstanden werden. Es wird vielmehr auch weiter notwendig sein, unrentable Betriebe aufzugeben. Die Kohleförderung muß statt dessen auf ergiebige Zechen konzentriert und weiter ausgebaut werden. Dabei wird man in Zukunft auch neue Schächte im Norden des Reviers erschließen müssen.

Was im einzelnen mit dem Geld geschehen soll, das dadurch eingespart werden kann, daß die Ruhrkohle zur Zeit billiger ist als die Kohle auf dem Weltmarkt, muß den Haushaltsberatungen vorbehalten bleiben. Sicher ist aber, daß derzeit die technischen Voraussetzungen fehlen, um importierte Energie die wieder knapper werden kann, kostengünstig durch heimische Energie auf Kohlebasis zu ersetzen. Deshalb sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um neue Technologien auf dem Energiesektor zu entwickeln und zu fördern.

F.D.P.: Vorrang sicherer Energieversorgung

Der F.D.P.-Abgeordnete Eberhard Wilde (Bochum) erklärt:

Der deutsche Bergbau wird in diesem Jahr mehr Kohle verkaufen, als er fördern kann.

Mußten Fachleute und verantwortliche Politiker noch vor einiger Zeit mit einem stetigen Sinken der Absatzmöglichkeiten des deutschen Steinkohlebergbaus rechnen, so steht heute außer Zweifel, daß die neue Förderrichtzahl etwa bei 100 Mio. Tonnen liegen wird.

Analog der Mineralölbevorrattung sollte sich die Förderrichtzahl nicht an den verkauften Jahrestonnen orientieren, sondern eine Sicherheitsreserve beinhalten. Die dadurch entstehenden Kosten sollten als „volkswirtschaftliche Kosten“ interpretiert werden, die stärker als bisher durch steuerliche Erleichterungen, staatliche Bürgschaften, zinsverbilligte Kredite oder andere Maßnahmen von der Allgemeinheit zu tragen sind.

Ungeachtet der Notwendigkeit der Finanzierung der Sicherheitsreserve und der Vorgabe einer Förderrichtzahl muß die Orientierung der Energiepolitik an den marktwirtschaftlichen Grundprinzipien gewährleistet sein, die in der zurückliegenden Energiekrise ihre Bewährungsprobe bestanden haben. Die marktwirtschaftlich orientierte Energiepolitik gebietet auch eine ausschließliche Ausrichtung von Zechenstilllegungen an dem durch Kosten-Nutzen-Analyse jeweils zu bestimmenden abbaufähigen Kohlevorrat. Die künftige Kohlepolitik hat davon auszugehen, daß Zechenkapazitäten nicht mehr an künstlich gedrosselten Fördermengen auszurichten sind. Die Ruhr-Kohle AG hat diese Erkenntnis in letzter Zeit zunehmend zur Grundlage ihrer Stilllegungsmaßnahmen gemacht, wie die nicht stillgelegten Zechen Monopol und Hansa gezeigt haben.

Die eingesparte Koks-Kohle-Beihilfe des Landes reicht mit Sicherheit nicht aus, den Kapitalbedarf für eine bessere Sicherung der deutschen Energieversorgung und die Energieforschung zu decken. Dies kann auch nicht alleinige Aufgabe Nordrhein-Westfalens sein.

Porträt der Woche

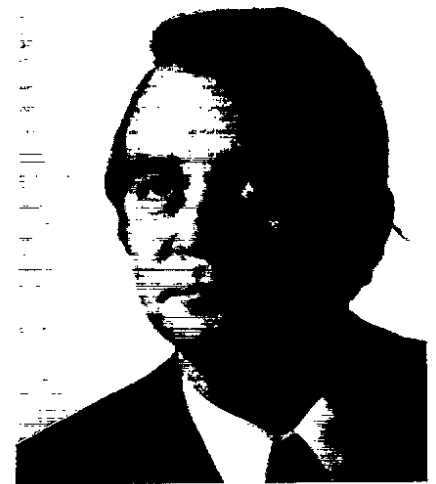
Hans Schwier ist einer von den vielen Schulmeistern, die im Kulturausschuß das Sagen haben. Der SPD-Politiker wehrt sich freilich mit Entschiedenheit dagegen, allein auf Kulturpolitik festgelegt zu werden. „Ich habe immer einen Horror vor Leuten gehabt, die die Politik ausschließlich als Schulpolitik betrachten.“ Und: „Die Ganzheit der Politik muß gesehen werden. Darin hat ein Spezialgebiet eben seinen Stellenwert.“

Unter diesem geradezu polit-universellen Aspekt interessiert sich der frühere Bielefelder Schulrat, der seit 1970 im Düsseldorfer Landtag Sitz und Stimme hat, nachhaltig für Justiz- und vor allem Wirtschaftspolitik, „die für alles, was wir tun, der Schlüssel ist“.

Als „rüstiger Rentner“ von 48 Jahren – der Beamte Schwier trat nach seiner Wahl in den einstufigen Ruhestand – hat er häufig Gelegenheit, seine Sicht von Politik an der Basis darzustellen. „Dabei versuche ich so zu sprechen, daß ich verstanden werde.“

Das fällt dem gelernten Lehrer Schwier nicht schwer. Erst recht nicht, weil er meint, nur ein profundes Wissen erlaube die einfache Darstellung von politischen Vorgängen und Zusammenhängen. „Elementarisierung“, so nennt er das, „ist nur möglich, wenn man eine Sache voll begriffen hat.“ Schwierig ist keine Steigerung von Schwier.

Die Fähigkeit, diskursiv zu denken und zu sprechen, komplexe Sachverhalte nach dem Blick auf Volkes Maul anschaulich darzustellen, hat Schwier in die erste Garnitur der SPD-Landtagsfraktion vorrücken lassen. Dabei ist er weder ein geschichtsloser Pragmatiker, der sich ausschließlich zur Bewältigung aktueller Probleme stark macht, noch ein geschichtsklitternder Ideologe, der zur Lösung von Problemen der Gesellschaft Patentrezepte zu Höchstpreisen feilbietet. Reformen kann er sich „ohne Blick in die Geschichte“ einfach nicht vorstellen.



Hans Schwier (SPD)

Denn: „Man kann nicht so tun, als ob man jetzt erst anfinge, Politik zu machen.“ Deshalb warnt Schwier vor Dogmatikern, Nur-Pragmatikern und – selbstironisch – Pädagogen: „Für jeden Lehrer besteht die Gefahr, daß er meint, die Welt bestünde nur aus Kindern.“

Kinder hat Schwier indessen wohl auch eigene – zwei „junge Damen“ und einen Sohn. Durch sie und seine Frau hat er „Basiserfahrung in allen Bereichen“ – vor allem natürlich bildungspolitisch. Fragen der Bildungspolitik bewogen ihn auch, der SPD beizutreten – beiläufig am 1. April 1952. Der Junglehrer Hans Schwier hatte nach dem Krieg im Kohlenpott erfahren, daß die Bildungschancen für Bergarbeiterkinder erschreckend geringer waren als für Angestellten- oder Beamtenkinder. Deshalb ist er heute beispielsweise für die „systemüberwindende“ integrierte Gesamtschule, die allen gleiche Bildungschancen geben soll.

Eingespannt ins politische Geschirr bleibt Schwier wenig Zeit für Tucholsky und Theorie. Indes: „Im politischen Handeln halte ich viel von Praxis. Gegen Theoriediskussion habe ich nichts, nur muß man mal fragen können: Wo läuft das hin?“ Schwier meint, daß sich Programmatisches leicht an der Realität bricht. Politik ist für ihn deshalb nicht mehr und nicht weniger als die Kunst des Möglichen. Und: „Wäre alles schon so, wie man gerne wollte, gäbe es keine Motivation für Politik.“

Bernd Kleffner